

Haushaltsrede der CDU-Fraktion Neunkirchen-Seelscheid zum Haushalt 2025

Guten Abend Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger von Neunkirchen-Seelscheid,
verehrte Zuschauer,

wir stehen heute vor einem Haushalt, der in seiner Gesamtheit nicht nur ein Spiegel unserer finanziellen Lage, sondern auch ein Spiegel der politischen Weichenstellungen der letzten Jahre ist.

Die geplante Steuererhöhung ist das zentrale Thema, über das wir sprechen müssen – und das auch in aller Deutlichkeit. Aber der Reihe nach.

Steuererhöhung: Ein notwendiges Übel oder Ausdruck politischer Ideenlosigkeit?

Die Gemeindefinanzen basieren auf klaren Einnahmequellen: der Gewerbesteuer, den Einkommensteueranteilen und - vor allem von uns zu beeinflussen - den Grundsteuern. Diese Einnahmen sind maßgeblich durch die Attraktivität der Gemeinde als Wirtschaftsstandort und Wohnort beeinflusst.

Doch anstatt gezielt Maßnahmen zu ergreifen, um diese Quellen zu stärken, was in Teilen die Mehrheit in diesem Rat in den letzten Jahren auch beschlossen hat, sind solche Maßnahmen nicht angangen oder umgesetzt worden.

Wir als CDU-Fraktion haben in den vergangenen Jahren maßgebliche Vorschläge eingebracht, um zusätzliche, alternative Einnahmequellen zu erschließen und gleichzeitig Ausgaben kritisch zu hinterfragen.

Ich werde diese Vorschläge gerne einmal benennen, um erneut Aufmerksamkeit hierfür zu generieren.

Nicht einmal ein halbes Jahr nach der letzten Kommunalwahl 2020 haben wir beantragt, Flächen für erneuerbare Energien auszuweisen - und auch eine Möglichkeit zu bieten, dass sich nicht nur die Eigentümer der Flächen oder der Gemeindehaushalt, sondern auch einzelne Mitbürgerinnen und Mitbürger an den Projekten beteiligen können.

Aus meiner persönlichen Erfahrung, aber auch derer vieler Kommunen in der Bundesrepublik, kann man hier eine weitere Einnahmequelle schaffen, die einen Haushalt durchaus beeinflussen kann. Und machen wir uns mal „ehrlich“, wenn ich demnächst auf Windräder in den Nachbarkommunen gucken muss, dann wird mich das ärgern!

Nicht weil ich diese hässlich finde, sondern weil sie nicht auf unserem Gemeindegebiet stehen und wir sie trotzdem im Vorgarten haben.

Wir bekommen von dem Kuchen nichts ab und haben das „Nach“sehen auf die Windräder. Genauso geht es mir mit Freiflächenphotovoltaik. Beide Energiequellen sind das Bild unserer Energiewende und wenn wir absehbar Strom verbrauchen wollen, der nicht erst durch Technologien produziert wird, die kurzfristig nicht zur Verfügung stehen, dann möchte ich, dass

unsere Gemeinde auch etwas vom Kuchen abbekommt! ABER: nach 4 Jahren ist einfach nichts passiert - in Zahlen „4“ Jahre seit unserem Antrag... ...NICHTS.

Unsere weiteren Anträge zielten darauf ab, eine nachhaltige Gewerbeförderung umzusetzen, wie etwa durch gezielte Ansiedlungsstrategien für kleine und mittelständische Unternehmen. Hierzu haben wir speziell das Thurn-Gelände in den Blick genommen. Dafür haben wir es vor drei Jahren erworben – auch hier wieder in Zahlen vor „3“ Jahren!

Unsere Anträge werden tot-diskutiert und analysiert, Machbarkeitsstudien hin- und hergeschaukelt.

Ja, das Gelände hat in den letzten Jahren seine Dienste geleistet, keine Frage. Natürlich waren wir froh, dass wir nicht wieder Turnhallen schließen mussten und ja, auch gewerbliche Mieteinnahmen sind generiert worden.

ABER: Nachhaltig ist diese Strategie nicht. Wann wollen wir denn beginnen, wie lange wollen wir noch zusehen, was hätte man parallel mit Nachdruck schon schaffen können?

Außerdem haben wir Konzepte vorgeschlagen, um durch Standortmarketing neue Bürgerinnen und Bürger für Neunkirchen-Seelscheid zu gewinnen.

Oh, schon wieder ein „ABER“: dem ist ja ein wichtiger Faktor vorweg geschaltet: Hierzu muss es den Wohnraum erstmal geben!

Womit wir sicherlich, wie bereits eingangs genannt, zu der wichtigsten Einnahmequelle, die wir beeinflussen können, kommen: Wohnraum bedeutet nicht nur mehr Zuzug für alle, die gerne in unserer schönen Gemeinde wohnen und bleiben wollen, Wohnraum bedeutet auch Grundsteuern. Leider gab es hier keine echte Geschwindigkeit im Rat und niemanden in der Verwaltung, der diese Entwicklung vorangetrieben, beschleunigt und im Interesse der Gemeinde versucht hat einen Konsens herzustellen, Mehrheiten zu organisieren und solche Dinge mit Priorität voranzutreiben. Ja, auch hier macht man sich nicht überall beliebt, da muss man auch mal eine Meinung haben, diese vertreten und versuchen die Mitbürgerinnen und Mitbürger mitzunehmen.

Manchmal muss man Dinge zur Chefsache – ähm Chefinnensache machen. Da wurden die Prioritäten wohl anders gewählt. Wo diese waren, dazu komme ich jetzt.

Bis hierhin haben wir also die Missachtung der Einnahmenseite gesehen.

Nach meiner Auffassung - und ich behaupte kühn, dass dies sehr vielen der Zuhörer auch so geht, ist das der Schwerpunkt und die Grundlage einer jeden Haushaltspolitik. Sie muss es sein, so auch die meines eigenen Portemonnaies - ich kann doch nur das ausgeben, was ich auch habe!

Ausgaben: Die Kehrseite der Medaille

Schauen wir gemeinsam auf die Ausgabenseite. Insbesondere die verteuerten Bauvorhaben der vergangenen Jahre belasten unseren Haushalt erheblich.

Interessant ist der Fokus, zur Wiederaufstellung der Bürgermeisterin als Kandidatin für ihre SPD-Fraktion, auf ihre Leistungsbilanz. Ich habe diese einmal vor dem Hintergrund der

entstandenen Kosten für den Haushalt der Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid und damit für Sie, die Mitbürgerinnen und Mitbürger aufgelistet.

Folgende Kosten sind für diese/ihre „Leistungen“ entstanden:

- **Selbstlernzentrum:** ursprünglich angesetzt: 3 Mio Euro – Gesamtkosten: über 5,5 Mio Euro
- **Neubau Einfachturnhalle Neunkirchen:** ursprünglich angesetzt: 1,75 Mio Euro – Gesamtkosten über 5,5 Mio Euro
- **Neubau Feuerwehr/Wasserwerk Neunkirchen:** ursprünglich angesetzt: 2,5 Mio Euro – aktuell bei über 11,5 Mio Euro
- **Anbau Feuerwehr Seelscheid:** ursprünglich angesetzt 60 T Euro – Gesamtkosten fast 900 T Euro

Die Kostenschätzungen wurden regelmäßig nicht nur übertroffen, sie sind explodiert. Und selbst das beschreibt das Gefühl in Ihnen und mir sicher nicht einmal ansatzweise, wenn man diese Zahlen hört. Und bevor das als großes Gegenargument kommt, die Fördermittel sind zum großen eben Teil nicht mitgewachsen!

Die Feuerwehr Neunkirchen muss ganz ohne Fördermittel auskommen, hier noch einmal die Zahlen: von 2,5 auf aktuell über 11,5 Mio Euro, ohne dass die Planungsfehler aufgearbeitet wurden. Das ist ein unverantwortlicher Umgang mit öffentlichen Geldern. Aus dem Rat heraus wurde mehrfach, bei jeder Erhöhung, die wir abzustimmen hatten, darauf hingewiesen, bei der Projektplanung und -steuerung professioneller vorzugehen und Risikoanalysen frühzeitig in den Prozess einzubeziehen. Doch auch hier wurden unsere Hinweise ignoriert. Solch eine Ausgabenkultur muss man doch zur Chefsache machen und dafür Verantwortung übernehmen, wenn man schon mit auf das Foto zur Eröffnung möchte.

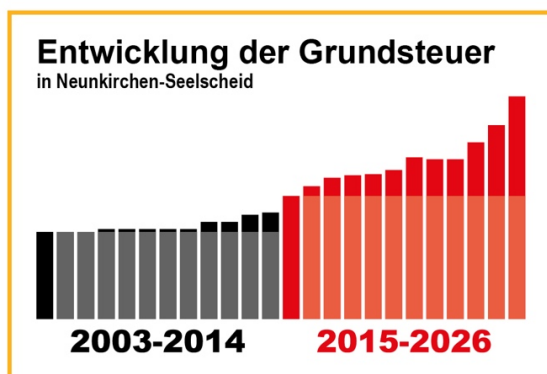
Geplante Steuererhöhung: Symptom einer Fehlentwicklung

Die Lösung für diese Kosten? Sehen wir heute Abend: Steuererhöhungen, das kann doch nicht mehr ihr Ernst sein.

Die Steuererhöhung, die uns nun vorgelegt wird, ist aus unserer Sicht keine Lösung! Sie ist ein Symptom! Sie trifft die Bürgerinnen und Bürger in unserer Gemeinde, die ohnehin schon durch Inflation und hohe Energiekosten belastet sind.

Die Frage muss erlaubt sein: Welches Signal senden wir an die Bürgerinnen und Bürger? Ist es das Signal, dass die Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid ihre finanziellen Probleme nicht anders zu lösen weiß als durch die Belastung ihrer Einwohner?

Auch hierzu hilft ein Blick in die Vergangenheit:



Seit ihrer Amtsübernahme im Jahr 2015 haben sich die Steuern von 478 Punkte auf nun vorgelegt für 2025 870 Punkte und geplant für 2026 auf 999 Punkte eine Haaresbreite unter der 1000 Punkte-Marke erhöht.

Bitte fragen Sie sich angesichts dieser Zahlen gerne selbst, wo die Priorität lag und immer noch liegt.

Immer und immer wieder wurde der einfachste Weg gewählt: die Steuererhöhung!

Die Ausgaben können doch nicht immer nur durch Steuererhöhungen kompensiert werden! Die CDU-Fraktion liefert seit Jahren Vorschläge und Ideen für andere Wege! Ich habe Ihnen eben erzählt, wie es anders gehen kann.

Das wäre unser Weg. Ja, der ist steinig und ja, da muss man gut kommunizieren und ja, da muss man sie alle, die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen und offenbaren, worum es im Kern geht! Sicher muss man gegen Widerstände argumentieren und versuchen zu überzeugen.

Ich meine aber ein klares JA! Das muss man tun, diese Anstrengung brauchen wir und wir wollen diesen Weg gehen – gemeinsam mit Ihnen, damit diese Spirale der Steuererhöhungen aufhört!

Position der CDU-Fraktion zu Steuererhöhungen

In den vergangenen Jahren hat die CDU-Fraktion stets betont, dass Steuererhöhungen nur das letzte Mittel sein dürfen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Gemeinde zu sichern. Unser Ziel war es immer, die Steuerbelastung für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten. Beispielsweise haben wir im Jahr 2023 Anträge gestellt, um auf eine Erhöhung der Grundsteuer zu verzichten und stattdessen Einsparpotenziale im Haushalt zu identifizieren.

Dennoch mussten wir in der Vergangenheit auch schmerzhaft Entscheidungen treffen. So wurde im Jahr 2021 eine Erhöhung der Grundsteuer B um 42 Prozentpunkte beschlossen, um notwendige Investitionen zu finanzieren und die finanzielle Stabilität der Gemeinde zu gewährleisten. Das Radwegekonzept hat zumindest mal einen Start erhalten – einen neuen Radweg sehen wir noch nicht, ein neuer Sportplatz und ein neues Fußballfeld sind in weite Ferne gerückt. Das Geld ist im Haushalt verschwunden.

Auch im Kreishaushalt, der unseren mit „belastet“ wurde die Umlage durch kluge Finanzpolitik weitestgehend stabil gehalten.

Aktuelle Herausforderungen und Ausblick

Der aktuelle Haushaltsentwurf für 2025 weist ein Defizit von 4,50 Millionen Euro auf.

Verlustvortrag: Wenn Verwaltung und Politik wegsehen

Dies bringt mich zu einem weiteren Punkt, den ich zu diesem Haushalt ansprechen möchte und der das Bild abrundet: der Verlustvortrag, den wir mittlerweile anhäufen. Verlustvortrag – das klingt zunächst wie ein rein buchhalterischer Begriff. Doch machen wir uns nichts vor: Es bedeutet nichts anderes, als dass wir Verluste in die Zukunft verschieben.

Verluste, die nicht nur uns, sondern auch zukünftige Generationen belasten werden. Die CDU warnt eindringlich davor, diese Praxis weiterzuführen. Denn was hier geschieht, ist nichts anderes als eine Art der Insolvenzverschleppung.

Eine Gemeinde kann zwar nicht in Insolvenz gehen wie ein Unternehmen, aber die Konsequenzen sind ähnlich verheerend: Eine massive Verschuldung, die unseren Handlungsspielraum auf Jahre hinweg einengt und uns den absehbaren Nothaushalt und das Haushaltssicherungskonzept beschert.

Vielleicht und bevor ich zum Abschluss meiner Rede komme, noch ein weiterer Hinweis in Bezug auf Prioritäten der Bürgermeisterin: Natürlich haben wir noch eine weitere von der Gemeinde festzusetzende Einnahmequelle. Der ein oder andere ahnt es schon: die Hundesteuer.

Und der ein oder die andere haben es sicher mitbekommen, hierzu gab es eine Zählung, die zu mehr Hunden und damit auch zu mehr Einnahmen führen sollte. Wie diese sich im Gesamthaushalt einbringt – das können Sie sich sicher denken und auch dass uns diese Maßnahme - natürlich - etwas gekostet hat. (es geht um 4/00 des Gesamthaushalts)

Fazit: Keine Zustimmung zu diesem Haushalt

Wir mussten in den letzten Jahren feststellen, dass nichts so umgesetzt wurde, wie wir es gefordert und beschlossen haben. Hätte man unsere Beiträge, Anträge und den Konsens aus der gemeinsamen Strategieklausur 2023 mit Nachdruck und konsequent verfolgt, hätte man damit nicht nur neuen Wohnraum geschaffen, den wir dringend brauchen, man hätte nicht nur neue Gewerbegebiete ausgewiesen und damit die Wirtschaft vor Ort gestärkt, man hätte nicht nur erneuerbare Energien gefördert und damit einen großen Schritt in die Zukunft gemacht, nein, man hätte jetzt auch erste positive Ergebnisse dieser wichtigen Weichenstellungen im Haushalt spüren können.

Leider aber laufen unsere Initiativen ohne einen Antrieb in der Verwaltungsspitze vielfach ins Leere und leider wird unseren Anträgen und Beschlüssen nicht so gefolgt wie wir uns das wünschen. Wenn man allerdings keine dieser wichtigen Entscheidungen unterstützt, ja wenn man sich vielleicht sogar aktiv gegen alle diese Anträge unserer Fraktion stellt, dann bleiben am Ende nur noch Steuererhöhungen als letztes Mittel.

Und leider hat sich auch daran nichts geändert, dass Sie, Frau Bürgermeisterin, in keinsten Weise dazu bereit sind, gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Wie oft haben wir angeboten miteinander zu sprechen, Lippenbekenntnisse Ihrerseits waren die Antworten. Es gab kein einziges Gespräch zu den dringendsten Themen, bis heute keine Einladung. Gerade Wohnraum und auch erneuerbare Energien sind sicher Themen, die einer möglichst großen Einigkeit und Entschlossenheit im Vorgehen bedürfen. Diese Einigkeit herzustellen, das haben Sie in all den Jahren nicht einmal versucht. Was auch immer Sie dazu bewegen mag, nicht nach Mehrheiten oder Kompromissen zu suchen – mir ist es schleierhaft – es ist auf jeden Fall brandgefährlich, denn damit führen Sie unsere Gemeinde finanziell an den Abgrund.

Und auch wenn Sie wohl im Lichte einer angestrebten Wiederwahl die größten Auswirkungen ihrer Haushaltsführung durch den Verlustvortrag, also den großen Steuerknall, erst in das Jahr 2026 schieben möchten, ist die Lage schon jetzt desaströs: Das Defizit des aktuellen Haushaltsentwurf fordert zum Handeln auf! Die ehrliche und vernünftige Antwort auf dieses Defizit ist es jetzt Konsequenzen zu ziehen. Es ist unerlässlich, alle Ausgabeposten zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen, aber vor allem ist es unerlässlich einen Politikwechsel zu vollziehen und die Einnahmenseite endlich zu stärken.

Die CDU-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass Steuererhöhungen nur dann vorgenommen werden, wenn sie unumgänglich sind und keine anderen Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung bestehen.

Die CDU-Fraktion kann diesem Haushalt nicht zustimmen.

Die geplanten Steuererhöhungen sind für uns in der Form und unter den genannten Umständen nicht tragbar, da sie die grundlegenden Probleme nicht lösen. Wir brauchen keinen Haushalt, der kurzfristig Löcher stopft, sondern einen, der langfristige Stabilität schafft.

Unser Ziel bleibt es, eine lebenswerte Gemeinde zu gestalten, ohne die finanzielle Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger übermäßig zu erhöhen.

Deshalb sagen wir „Nein!“ zu diesem Haushalt. Nein zur Verschleppung der Kosten und nein zur bisherigen Ausgabepolitik! Wir stehen bereit, um gemeinsam an einem Konzept zu arbeiten, das die Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid wirtschaftlich stärkt und den Bürgerinnen und Bürgern Perspektiven bietet – aber nicht zu diesen Bedingungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.